

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

GEÄNDERTE ADRESSE! Halbstock, Stiege 4, Zimmer 247 d-i

Samstag, 20. Jänner 1968

Blatt 142

Infektionskrankheiten im Dezember

=====

20. Jänner (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat Dezember folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: Scharlach 171, infektiöse Hepatitis 49 (3 Todesfälle), Keuchhusten 32, Grippe 6, bakterielle Lebensmittelvergiftung 5, Hirnhautentzündung 3 (1 Todesfall), Tularaemie 2, Fälle, Typhus und Ruhr je ein Fall. Keine Erkrankungen gab es bei Diphtherie, Kinderlähmung und Paratyphus.

Bei einer Gesamtzahl von 4.600 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.252. In 72 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 1.797 Röntgendurchleuchtungen, 440 Röntgenaufnahmen und 1.175 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 2.924. Von 541 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 7, von 80 untersuchten Geheimprostituierten 17 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 148 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 52 Mutterberatungsstellen wurden an 226 Beratungstagen 5.315 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 481 Frauen untersucht, davon erstmalig 116. Bei 100 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 7.063 Kinder untersucht, in den Kindergärten 749, in der Augenärztlichen Zentrale 549 und in der Ohrenärztlichen Zentrale 467.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 162 Personen, davon 65 Männer, untersucht worden. Dabei wurden 13 geschwulstverdächtige Befunde erhoben. 117 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 20 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 40 Sportler untersucht.

- - -

Barawitzkagasse kann verbreitert werden
=====

20. Jänner (RK) Der gemeinderätliche Bauausschuß befaßte sich mit einer Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 19. Bezirk, zwischen Barawitzkagasse, Eduard Pötzl-Gasse, Gallmeyergasse und Heiligenstädter Straße. Die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wird eine Verbreiterung der Barawitzkagasse in dem Abschnitt zwischen Heiligenstädter Straße und Eduard Pötzl-Gasse auf 20 Meter ermöglichen. Außerdem soll dadurch erreicht werden, daß die auf dem Grundstück der ehemaligen Parkettfabrik geplanten genossenschaftlichen Wohnhausneubauten in einer modernen, lockeren Bauweise errichtet werden.

- - -

Promenadenweg entlang des Liesingbaches
=====

20. Jänner (RK) Der Liesingbach wird zwischen Kalksburg und der sogenannten Stelzerau in möglichst naturverbundener Weise reguliert. Um den Baumbestand erhalten zu können, wird zwischen der Haselbrunner Straße und dem Stelzerwehr linksufrig entlang des Promenadenweges ein etwa ein Meter hoher Erddamm aufgeschüttet. Da der Liesingbach in diesem Abschnitt über felsigen Boden verläuft, der in den letzten drei Jahrzehnten kaum ausgewaschen wurde, brauchen an der Bachsohle keine Veränderungen vorgenommen werden. Die Uferböschungen sollen nur dort durch eine Steinmauer geschützt werden, wo Uferabbrüche dies unbedingt erforderlich machen.

Einer Anregung der Liesinger Bezirksvorsteherung entsprechend soll nun der Promenadenweg entlang der Liesing, der bisher unbefestigt war, asphaltiert werden. Außerdem sollen seine Anschlußstellen bei der Feldgasse und der Randgasse in Liesing straßenmäßig ausgebaut und entsprechend beleuchtet werden. Diese Maßnahmen, für die der Bauausschuß des Gemeinderates 400.000 Schilling bereitgestellt hat, entsprechen einem lang gehegten Wunsch der Bevölkerung von Kalksburg, Rodaun und Liesing.

- - -

Gesperrt bis Sonntag, den 21. Jänner, 19.30 Uhr

Die Donau wird Wien nie mehr gefährden
=====

Bgm. Bruno Marek über das Hochwasserschutzprojekt der Stadtverwaltung

20. Jänner (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Bürgermeister Bruno Marek am Sonntag, den 21. Jänner, um 19.30 Uhr im Programm Österreich Regional von Radio Wien mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über das Hochwasserschutzprojekt der Gemeinde Wien.

In dem Gespräch sagte Bürgermeister Marek:

Unsere Fachleute beschäftigen sich seit Jahren mit dem Problem, Wien vor Katastrophenhochwasser zu schützen. Wir wissen alle, wie notwendig es ist, den Hochwasserschutz zu verbessern. Das wurde uns erst wieder zu Beginn der abgelaufenen Woche sehr drastisch vor Augen geführt. Innerhalb von zwei Tagen, vom 15. bis 17. Jänner, stieg der Wasserstand der Donau an der Reichsbrücke um viereinviertel Meter an. Am 15. Jänner konnte der Wasserstand mit eineinhalb Metern noch als winterlich seicht bezeichnet werden, aber zwei Tage später führte die Donau schon Hochwasser. Wäre sie nur um einige Zentimeter weiter gestiegen, hätte der Strom das Überschwemmungsgebiet mitten im Winter überflutet.

Das Hochwasserschutzprojekt der Stadtverwaltung, dessen Verwirklichung nunmehr in Angriff genommen wird, sieht zwei Bauetappen vor. In der ersten Phase wird parallel zum Donaustrom ein Entlastungskanal errichtet. Infolge dieser Maßnahme entsteht eine 20 Kilometer lange Grüninsel. Sie wird sich von der Kuchelau bis zum Ölhafen Lobau, der späteren Einmündung des Donau-Oder-Kanals, in einer Breite von rund 200 Metern ausdehnen - auf der einen Seite begrenzt vom eigentlichen Donaustrom, auf der anderen Seite von dem rund 200 Meter breiten Entlastungskanal.

Die Kanalufer und die gesamte Insel werden gärtnerisch ausgestaltet. Drei Schleusenanlagen werden den Kanal zu einem ähnlich günstigen Bodeplatz machen, wie ihn jetzt die Alte Donau darstellt. Die neue Donau-Insel wird jedoch nicht nur der Erholung der

Wiener Bevölkerung dienen, sondern auch für den künftigen Amtssitz internationaler Behörden im Donaupark Bedeutung erlangen. Die wenig anziehenden, ungepflegten Wiesen des Überschwemmungsgebietes werden ein für allemal verschwinden.

Auf dem rechten Donauufer wird an Stelle der gegenwärtigen Industrie- und Verladeeinrichtungen ein etwa 60 Meter breiter Wall mit Parkanlagen entstehen. Der Anblick rostender, ausrangierter Schiffsanlegestellen wird den Wienerinnen und Wienern, die nahe dem Strom in der Leopoldstadt wohnen, in Zukunft erspart bleiben. Die neuen Uferbefestigungen werden um mehr als drei Meter erhöht, damit das Hochwasser den Handelskai und die angrenzenden Straßen des 2. und 20. Bezirkes künftig nicht mehr überfluten kann.

Wir rechnen mit einer Gesamtbauzeit von sechs bis acht Jahren. Unter der Voraussetzung, daß sich die wirtschaftliche Lage in Österreich nicht verschlechtert, werden die Wiener die vollendete grüne Donau-Insel und ein ebenfalls mit Grünanlagen bestandenes rechtes Donauufer schon in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre in Besitz nehmen können.

Vor wenigen Tagen, am 15. Jänner, gab uns das Bauministerium, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, die Zusicherung, daß der Bund die halben Kosten für das Bauvorhaben am rechten Donauufer übernimmt. Bei der Sanierung des linken Ufers will der Bund allerdings nur für die Hälfte der Kosten einer bloßen Sanierung der Dämme aufkommen.

Jedenfalls werden wir noch heuer mit den Bauarbeiten beginnen. In Voranschlag der Stadt Wien sind dafür bereits bedeutende Mittel vorgesehen. Es liegt mir sehr am Herzen, am Beginn der Verwirklichung dieses großen Wiener Projektes im eigenen Namen und im Namen der Stadtverwaltung allen jenen zu danken, die sich seit zehn Jahren durch zahllose Planungsarbeiten, in ungezählten Vorgesprächen, Verhandlungen und Konferenzen mit der Realisierung dieses Problems beschäftigt haben. Ich bin sicher, daß unsere Mitarbeiter auch weiterhin ihre ganze Kraft dafür einsetzen werden, das große Ziel eines dauerhaften Hochwasserschutzes für Wien so rasch wie möglich zu verwirklichen.

Für dieses große Projekt wurde eine ausgezeichnete Vorarbeit geleistet. Und gerade deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, daß sich in gewissen Kreisen bedauerlicherweise immer mehr die Gewohnheit einbürgert, die Beamten zum Prügelknaben der Gesellschaft zu machen. Ich sehe es daher als meine Pflicht an, als oberster Vorgesetzter von rund 53.000 Bediensteten diesen Tendenzen energisch entgegen zu treten. Die Beamten leben nicht von den Steuergeldern, sie leben, so wie wir alle, von ihrer Arbeit. Und wie alle Bürger unserer Stadt ihrer Arbeit mit Fleiß nachgehen, so arbeiten auch unsere Bediensteten mit rückhaltlosem Einsatz aller ihrer Kräfte.

Ich halte es für absolut unfair, ein vielleicht menschliches Versagen zum Anlaß zu nehmen, die gesamte Beamtenschaft zu diffamieren. Denn, sind wir einmal ehrlich, wer kann von sich behaupten, im Laufe eines Jahres keinen Fehler begangen zu haben. Die Amtsverschwiegenheit hindert die Beamten zumeist daran, sich gegen unberechtigte Kritik entsprechend zu wehren. Ihr Schweigen bedeutet jedoch keineswegs, daß sie nichts zu entgegnen hätten, was Anschuldigungen aufklären und die Dinge ins rechte Licht rücken könnte.

Wollte man manchen Kabarettisten oder Publizisten glauben, die ihren Mangel an wirklichen Humor und originellen Einfällen durch Beamtenwitze wettmachen möchten, wären die Behörden nichts als "Tintenburgen", in denen der Amtsschimmel wiehert und die Bediensteten einer besseren Freizeitbeschäftigung nachgehen. In diesem Fall hätten wir kaum mit einem so empfindlichen Personal-mangel zu kämpfen. Wenn ich aber an die Krankenschwestern denke, oder an das Personal der Städtischen Verkehrsbetriebe, dann muß ich gleichzeitig darauf hinweisen, daß alle diese Bediensteten Samstag- und Sonntagsdienste zu leisten haben. Diese verantwortungsvolle Arbeit, deren Ertrag sich mit dem vergleichbarer Beschäftigungen im privaten Bereich nur schwer messen kann, ist leider in der Öffentlichkeit viel zu wenig bedankt. Die mißgünstige Kritik am Beamtenstand, die immer wieder auftaucht, bereitet mir vor allem deshalb großes Unbehagen, weil dadurch das gute Einvernehmen zwischen den Wionern und ihrer Gemeindeverwaltung getrübt werden könnte. Wir sind jedoch an der Erhaltung dieses guten Klimas interessiert und bemühen uns, es ständig zu verbessern - im eigenen Interesse, wie im Interesse aller Bewohner unserer Stadt.